



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 08.09.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
am Dienstag, 13. September 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2022

2. **22-F-69-0032**

ANLAGE

Müllheizkraftwerk Wiesbaden endlich realisieren

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2022 -
- Beschluss Nr. 66 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 28.06.2022 -

3. 22-F-15-0011

ANLAGE

Energiekonzept Geothermie

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 20.06.2022 -
- Beschluss Nr. 266 der Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2022 -

4. 22-F-63-0069

Trinkwasserversorgung in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.09.2022 -

Europa erlebt die schlimmste Dürre seit 500 Jahren.

Kelkheim, 20 Kilometer von Wiesbaden entfernt, ruft mit sofortiger Wirkung den Trinkwassernotstand aus - und in Wiesbaden ist die Trinkwasserversorgung „nicht gefährdet“ (Wiesbadener Kurier, 18. August 2022). Dies zeigt, dass auch in Deutschland aktuell und in Zukunft Mangelsituationen wegen großer Dürren, ausbleibender Niederschläge und eines hohen Wasserverbrauchs auftreten können.

Es dürfte Grundkonsens sein, dass wir mit der wertvollen Ressource Wasser sparsam umgehen müssen.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich die Durchschnittstemperaturen und die Niederschlagsmengen im Sommer 2022 im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt haben.
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich Kapazität, Entnahmemenge und Verbrauch der drei Trinkwasserressourcen Taunusstollen, Schierstein und Hessisches Ried in den Jahren seit 2017 entwickelt haben.
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich der private Wasserverbrauch in Wiesbaden pro Kopf im Vergleich der letzten 5 Jahre entwickelt hat.
4. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich der gewerbliche Wasserverbrauch in den 10 wasserverbrauchsintensivsten Branchen in Wiesbaden im Vergleich der letzten 5 Jahre entwickelt hat sowie, ob es innerhalb der Branchen Unternehmen mit einem Verbrauch gibt, welcher über dem Branchenüblichen liegt und ob es Erkenntnisse darüber gibt, worin sich dieser begründet.
5. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie seine Strategie bzw. die dahingehenden Bemühungen zur Sicherung des Grundwassers und zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser aussehen. Welche Optionen sieht der Magistrat, um kurz und mittelfristig den Wasserverbrauch zu reduzieren?
6. Der Magistrat wird gebeten, mit den Wasserversorgungsbetrieben der LHW in Kontakt zu treten, um eine Einschätzung über den Wasserverbrauch und die kurz-, mittel- und langfristig zur Verfügung stehenden Trinkwasserreserven zu erhalten und, falls notwendig, eine Kampagne zum Sparen von Trinkwasser einzuleiten.

5. 22-F-69-0049

Klima-Gutachten zur Perspektivfläche West transparent machen - Citybahn-Fehler nicht wiederholen

- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 07.09.2022 -

Für das geplante Baugebiet „Perspektivfläche West“ hat der Magistrat Klimagutachten in Auftrag gegeben. Durch das Büro INKEK wurde eine Kaltluftsimulation und eine Auswertung stadtklimatischer Einflussfaktoren erarbeitet. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beehrte mit ihrer Anfrage vom 04.07.2022 die kurzfristige Zurverfügungstellung des INKEK-Gutachtens. Im Bericht vom 8. August 2022 verweigerte das zuständige Dezernat IV - derzeit in Vertretung durch Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende geführt - die Veröffentlichung mit der Begründung, dass „diese Expertise [...] zunächst nur dem derzeitig laufenden Arbeitsprozess der Fachverwaltung“ diene und „als solche nicht zur Verfügung gestellt werden“ könne.

Damit fällt der Magistrat in Verhaltensmuster zurück, die bereits zum Scheitern des Citybahn-Projekts maßgeblich beigetragen haben. Am Inhalt des Gutachtens besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse. Die Verweigerung der Herausgabe des Gutachtens widerspricht transparentem Verwaltungshandeln und sät Misstrauen in der Bevölkerung. Der Projekterfolg wird so bereits in einem frühen Stadium gefährdet.

Mit der Verabschiedung der Informationsfreiheitsatzung hat die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung ein Bekenntnis zum offenen Verwaltungshandeln abgegeben. Auch wenn die rechtliche Verpflichtung erst zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt, kann vom Magistrat erwartet werden, dieses Bekenntnis bereits jetzt mit Leben zu füllen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angeforderte Gutachten den städtischen Gremien umgehend vorzulegen.

6. 22-F-10-0015

Folgen der Energiepreisentwicklung für die LHW

- Antrag der AfD-Fraktion vom 06.09.2022 -

Die Preise für alle Energieträger sind seit Beginn diesen Jahres dramatisch gestiegen. So verteuerten sich die Preise gegenüber dem Vorjahr bei Heizöl um mehr als das Doppelte, beim Energieträger Gas um mehr als das Dreifache. Strom, Benzin (Super E 10) und Diesel kosten circa die Hälfte mehr. Von diesen Preisanstiegen ist auch die Verwaltung der LHW mit allen Ämtern und Dienstleistungen betroffen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie wolle beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

Der Magistrat möge berichten:

1. In welcher Höhe belastet der Anstieg der Energiekosten den öffentlichen Haushalt Wiesbadens in den Monaten Januar bis August 2022? (Angaben bitte nach Kosten pro Energieträger und Monat getrennt auflisten.)
2. Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung der Kosten für die restlichen Monate des Jahres 2022 ein? (Angaben bitte nach Kosten pro Energieträger und Monat getrennt auflisten.)
3. Werden die Mehrkosten voraussichtlich zu einer Neuverschuldung führen und falls ja, in welcher Höhe?
4. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat darüber, inwieweit ESWE-Versorgung die vertragliche Preisbindung mit dem Endverbraucher bei Strom und Gas einhalten muss und ob sich dadurch eine Finanzierungslücke für ESWE-Versorgung für das Jahr 2022 ergeben wird? Falls ja, in welcher Höhe?
5. In welcher Größenordnung würde die Finanzierungslücke bei ESWE-Versorgung auf den städtischen Haushalt durchschlagen, falls Bund und Land keine Hilfen leisten?

Wir bitten darum, den Bericht schriftlich allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

7. 22-F-15-0016

Situation der Stadtbäume und des Stadtwaldes

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 06.09.2022 -

Der Sommer 2022 zählt schon jetzt zu den trockensten seit Beginn der entsprechenden Aufzeichnungen. Die andauernde Trockenheit setzt nicht nur uns Menschen, sondern auch der Natur immens zu.

Für ein gutes Stadtklima sind Einzelbäume, Parkbäume, Alleebäume von besonderer Bedeutung. Ebenso die Bäume im Wiesbadener Stadtwald. Dieser hat nicht nur eine wichtige Funktion zur Umwandlung von Kohlenstoff, sondern dient auch als Naherholungsgebiet für die Wiesbadener Bevölkerung.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist die aktuelle Situation der Stadtbäume bzw. in den Parks?
 - a) Welche Baumarten kommen mit der aktuellen Trockenperiode zurecht und welche nicht?
 - b) Besteht die Notwendigkeit auf „neue“ Baumarten zu setzen? Wenn ja, auf welche?
 - c) Inwieweit wird die veränderte Situation Einfluss auf die Planung von Bäumen im Rahmen künftiger Baugebieten haben?
 - d) Gibt es Wiesbadener Parks, die besonders stark von der Trockenheit betroffen sind?
2. Wie ist die aktuelle Situation im Wiesbadener Stadtwald?
 - a) Welche Baumarten kommen mit der aktuellen Trockenperiode zurecht und welche nicht?
 - b) In welchem Umfang wird bei Schadensflächen auf Naturverjüngung gesetzt und in welchem Umfang wird eine Nachpflanzung vorgenommen bzw. geplant?
 - c) Falls Nachpflanzungen erfolgen, welche Baumarten werden hierbei im Besonderen eingesetzt bzw. welche sollen zukünftig eingesetzt werden?
 - d) Nach welchen Kriterien wird in den Punkten b) und c) vorgegangen bzw. priorisiert?

8. 22-F-16-0005

Tropische Mückenarten in Wiesbaden?

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 07.09.2022 -

Diverse Forschungsinstitute und Experten¹ warnen davor, dass durch die zunehmend heißen Sommer sich Populationen von bisher nicht heimischen Arten in unserem Ökosystem akklimatisiert haben und weiterhin akklimatisieren werden².

Besonders wurden in diesem Kontext sogenannte tropischen Stechmücken, wie z.B. die Asiatische Tigermücke medial thematisiert. Das Problem an jenen Stechmücken ist, dass sie anders als die heimischen Arten, Krankheitserreger signifikant leichter auf den Menschen übertragen und neben dem Menschen auch andere Blutwirte nicht verschmähen, was sie als Brückenvektor für bestimmte Viren gefährlich macht.

Die LHW ist in der Kommunalen Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage (KABS) Mitglied. Da aber KABS in unserer Region vorwiegend auf die heimischen Stechmücken fixiert ist, bleiben die sogenannten Exoten außen vor.

Vor diesem Hintergrund bedarf daher dringend einer aktuellen Evaluation der jetzigen Situation und eines festen Plans für die Zukunft.

In Baden-Württemberg wurde bereits eine konkrete Umsetzung des IfSG in Bezug auf die Tigermücke beschlossen.³

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist die aktuelle Situation zur Akklimatisierung von sogenannten Exoten (z.B: Asiatische Tigermücken) dem Magistrat bekannt und welchen Stellenwert hat sie?
2. Wurden bereits konkrete Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitung von Exoten in Wiesbaden und Umgebung zu verhindern oder einzuschränken? Wenn ja, welche?
3. Wie ist die Situation in diesem Sommer? Liegen Zahlen zu Populationen von exotischen Mückenarten in Wiesbaden und Umgebung vor? Wenn ja, wie sehen diese aus?
4. Welche Chemikalien werden zur Bekämpfung exotischer Mücken eingesetzt? Werden durch diese Chemikalien auch andere möglicherweise nützliche Arten gefährdet?
5. Haben diese Chemikalien möglicherweise durch die Nahrungskette auch Auswirkungen auf andere Tiere oder Menschen? Wenn ja welche?
6. Wie sieht die Zusammenarbeit der LH Wiesbaden mit KABS in Bezug auf exotische Arten derzeit aus? Gibt es in Wiesbaden gezielte Forschungen zu dem Thema?

9. 22-J-42-0010

ANLAGE

#Pfund gehört daneben

- Beschluss Nr. 65 des Jugendparlaments vom 20.07.2022 -

¹ <https://www.wissenschaft.de/erde-umwelt/tropische-muecken-erobern-deutschland/>

² <https://www.planet-wissen.de/natur/klima/phaenologie/pwiefremdeartendurchklimawandel100.html>

³ https://www.kabsev.de/1/1_8/Grundlagen.php

9.1 20-F-05-0058

ANLAGE

Frankfurter Pfandringsystem

- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2020 -
- Bericht des Dezernates IV vom 27.07.2022 -

10. 22-F-22-0015

ANLAGE

Auswirkungen der Batteriebus-Kehrtwende auf den Luftreinhalteplan

- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 22.06.2022 -
- Beschluss Nr. 75 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 28.06.2022 -

11. 22-J-42-0008

ANLAGE

Begrünung von Parkhausfassaden

- Beschluss Nr. 61 des Jugendparlaments vom 20.07.2022 -

12. 22-F-16-0006

Nachhaltige Reduzierung der Flyer-Flut

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 07.09.2022 -

Fraktionen, Institutionen, teilweise auch Privatpersonen (z.B. ehemalige Stadtpolitiker) werden förmlich überschwemmt mit Flyern aus verschiedenen Bereichen (z.B. Kultur, Veranstaltungen, Umwelt u.a.), die zum großen Teil auch von der Stadt bezahlt oder gefördert werden. Diese Flyer werden zum Teil in Auflagen von mehreren tausend Exemplaren gedruckt und verteilt und nach relativ kurzer Zeit wieder entsorgt. Das ist weder umweltschonend noch nachhaltig.

Gerade in Zeiten knapper Ressourcen und Energie sollte man darüber nachdenken, ob der Druck und die Verteilung von Papierflyern in diesem Ausmaß noch sinnvoll sind.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Flyer lässt die Landeshauptstadt Wiesbaden pro Jahr für Veranstaltungen und Initiativen drucken?
2. Wieviel Geld gibt die Landeshauptstadt Wiesbaden jährlich für den Druck und die Verteilung von Flyern aus?
3. Wieviel Geld gibt die LHW für Zuschüsse zu Werbeflyern verschiedener Initiativen aus?

zu prüfen:

1. ob es digitale Alternativen gibt anstelle von Druck und Verteilung von Flyern.
2. ob es möglich wäre Veranstaltungsflyer oder -ankündigungen der Stadt z.B. vierteljährlich in einem Katalog zusammenzufassen und nur diesen dann zu verteilen, um Kosten und Ressourcen zu sparen.
3. Ob es möglich ist, an die Fraktionen nur einen oder zwei Flyer pro Veranstaltung zu senden, statt pro Stadtverordneten vier bis fünf Flyer.

13. 22-F-63-0068

Solarenergienutzung in Wiesbaden voranbringen: Potenzialflächen nutzen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und VOLT vom 07.09.2022 -

Auf Wiesbadens Dächern liegen derzeit noch große Potenziale zur solarenergetischen Nutzung (Photovoltaik/Solarthermie) brach. Dazu verweisen wir auch auf die schriftliche Anfrage zu Solaranlagen auf Dachflächen von Gebäuden der LHW, die am 27.02.2022 mit der SV 22-V-36-0003 beantwortet wurde. Die Landeshauptstadt sollte hier beispielhaft vorgehen und schnellstmöglich PV- oder Thermosolar-Anlagen auf dafür geeigneten städtischen Dachflächen installieren bzw. private Investoren durch Beratung entsprechend unterstützen. Hierbei sollten zunächst die größten Potenzialflächen mit bestmöglicher Flächenausnutzung (Ertrag pro qm) umgesetzt werden.

Bei der Installation von Solarenergie-Anlagen sollte die Priorität grundsätzlich auf bereits versiegelten Flächen wie etwa Dächern, Parkdecks etc. liegen. Darüber hinaus sollten auch Agri-PV-Anlagen als Pilotprojekte auf geeigneten Flächen geprüft werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. für Gebäude oder Stellplatzflächen, die sich im Eigentum der LHW oder in Privatbesitz befinden, jeweils die 10 größten bzw. ertragreichsten Potenzialflächen für eine solarenergetische Nutzung zu identifizieren.
 - a) Auf den 10 bestgeeigneten großen Potenzialflächen im städtischen Eigentum sollen bis Ende 2024 Photovoltaik- oder Thermosolar-Anlagen installiert werden. Hierbei ist auf optimale Flächenausnutzung möglichst in Kombination mit einer Dach- oder Fassadenbegrünung zu achten. Die Möglichkeiten zur Eigenstromnutzung und/oder Netzeinspeisung sind auszuschöpfen.
 - b) Den Eigentümer:innen der identifizierten 10 größten Potenzialflächen im Privateigentum sollen Beratungsgespräche angeboten und ggf. auch Angebote zum Betrieb von Anlagen gemacht werden. Hierbei sollte auf die Beratungskompetenz der Klimaschutzagentur und/oder von ESWE-Versorgung zurückgegriffen werden.
 - c) Bei Bedarf ist ergänzend eine Förderung aus dem städtischen Klimaschutzfonds zu prüfen.
2. kurzfristig geeignete Potenzialflächen für Agri- oder Freiflächen-PV-Anlagen zu prüfen und eine Realisierung zu ermöglichen sowie entsprechende Potenzialflächen im Flächennutzungsplan (FNP) auszuweisen.

14. 22-V-61-0019 DL 26/22-10

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld - Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich aktualisierter Kosten- und Finanzierungsübersicht

15. 21-F-03-0013 ANLAGE

Alternativantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 7 (21-F-55-0045 „Klimauhr in Wiesbaden installieren“) der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 02. November 2021

- Beschluss Nr. 49 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 10.05.2022 -
- Aktueller Sachstand -

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-F-16-0009 ANLAGE

Verstöße gegen die Ortssatzung

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 09.11.2021 -
- Bericht des Dezernates IV vom 06.09.2022 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 13.09.2022 -

2. 22-F-63-0004 ANLAGE

Wasserstoffproduktion in Wiesbaden - Bedingungen für nachhaltige Projekte unter Beteiligung der Stadt bzw. ihrer Gesellschaften

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -
- Bericht des Dezernates I vom 08.09.2022 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 13.09.2022 -

3. 22-F-63-0051 ANLAGE

Klimaanpassung mithilfe klimaresilienter Pflanzen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und Die Linke vom 22.06.2022 -
- Bericht des Dezernates V vom 26.08.2022 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 13.09.2022 -

4. **22-F-69-0035** **ANLAGE**

Lore im Garten durch das Umweltamt abgesagt und Bike Experience Days verlegt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2022 -
- Bericht des Dezernates V vom 18.08.2022 -

5. **22-F-83-0001** **ANLAGE**

Unabhängigkeit von russischem Gas und Umstieg auf erneuerbare Energien

- Antrag der Fraktionen Volt, SPD und Die Linke vom 29.04.2022 -
- Bericht des Dezernates V vom 27.06.2022 -

6. **22-V-01-4025** **DL 25/22-7**

Nachbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

7. **22-V-36-0015** **ANLAGE**

Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt 2022

8. **22-V-61-0031** **DL 27/22-7**

Planfeststellungsverfahren Neubau 110-kV Hochspannungsfreileitung Wiesbaden-Breckenheim bis Wiesbaden-Kloppenheim

- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 13.09.2022 -*

Tagesordnung III - nicht öffentliche Vorlagen

1. **22-V-36-0011** **DL 25/22-6 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 28.04.2022

2. 22-V-36-0014

DL 25/22-7 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirats vom 30.06.2022

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender